

PROTESTERKLÄRUNG:

Der Einsatz gegen die Diskriminierung von Homosexuellen ist weiterhin dringend notwendig

An die Landesregierung des Landes Brandenburg
An den Ministerpräsidenten Matthias Platzeck
An alle Abgeordneten der Fraktionen des Landtages Brandenburg

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN des Landes Brandenburg protestieren auf ihrer LDK in Brandenburg scharf gegen die bereits per Kabinettsbeschluss im Sommer, vorgesehenen Streichungen aller Mittel in Höhe von 66.000 Euro, für kontinuierliche lesbisch- schwule Beratungsarbeit im Land Brandenburg.

Die Förderungen sind für die Koordinationsstelle für Lesbisch- Schwule Belange im Land Brandenburg, mit Sitz in Potsdam, und für die gesamte Arbeit Lesbisch- Schwuler Vereine und Beratungsstellen im Land Brandenburg vorgesehen. Nicht hinnehmbar ist die Begründung für die Streichung, die vorgegeben wird. Die Behauptung „es sind freiwillige Leistungen“, die gestrichen werden, ist skandalös.

Laut Beschluss und Willen der Landesregierung soll es die Ansprechpartner in der lesbisch-schwulen Beratungsarbeit im Land Brandenburg im nächsten Jahr nicht mehr geben. Das ist verantwortungslos und entspricht auch nicht den Grundsätzen der **Verfassung** des Landes Brandenburg (**Art. 12, Abs. 2 und Art.26, Abs.3**).

Alle Rechte und Pflichten, die für Lesben und Schwule auch im Land Brandenburg erreicht wurden und jahrelange wertvolle Arbeit gegen Ausgrenzungen und Diskriminierungen werden zunichte gemacht.

Die Kahlschlagpolitik der rot-schwarzen Regierung in Brandenburg ist deshalb scharf zu verurteilen.

Gerade Lesbisch-Schwule Vereine benötigen Kontinuität in ihrer wichtigen Arbeit. Dort werden gesellschaftlich notwendige und wichtige Beratungsaufträge erfüllt.

Ein großer Teil der Aktivitäten wird über ehrenamtliche Arbeit geleistet.

Sehr wichtige Bereiche der Beratungsarbeit müssen jedoch auch professionell geleistet werden. Arbeitsfelder der sozialen Arbeit, wie die Beratung und Betreuung beim Coming Out, oder bei Kriseninterventionen können ohne professionelle Hilfeleistungen nicht realisiert werden.

Durch ein Ausbleiben der Hilfeleistungen können beispielsweise bei den Betroffenen, neben weiteren persönlichen Problemen, schwerwiegende Persönlichkeitsstörungen auftreten.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern: Gleiche Rechte für Schwule und Lesben

Wir setzen uns weiterhin für die **Gleichstellung und den Abbau von Diskriminierungen** der Lebensweisen von **Lesben, Schwulen und Bisexuellen** ein. Wir treten allen Versuchen entgegen, Menschen auszugrenzen, die alternative Lebenskonzepte verwirklichen wollen. In Brandenburg müssen unterschiedlichste Lebenskonzepte nebeneinander existieren können.

Wir unterstützen die Schaffung eigener Möglichkeiten und Räume zur Beratung, Aufklärung, zur Begegnung und zum Feiern. Wir lehnen jede Form von Gewalt und Diskriminierung gegenüber Minderheiten ab.

Insbesondere den noch immer vorhandenen Ausgrenzungen von Lesben, Schwulen und Bisexuellen, in der Familie und am Arbeitsplatz, muss entgegen gewirkt werden. Wir fordern eine tolerante Verwaltung, welche die spezifischen Belange von Minderheiten aktiv unterstützt. Ein erster Schritt zur Sensibilisierung der Verwaltung ist die Benennung einer Ansprechpartnerin oder eines Ansprechpartners für die Belange von Schwulen, Lesben und Bisexuellen im Land und in den größeren Kommunen.

Diskriminierung abbauen

Noch immer sind verstärkt auch Homosexuelle Opfer von Gewalt und Raubüberfällen. Dazu gibt es ernst zu nehmende Studien, die das belegen.

Eine Betreuung und Begleitung der Betroffenen bis hin zu anderen professionellen Hilfsdiensten (z. B. psychologische Hilfe) ist dringend notwendig.

Oftmals trauen sich die Opfer nicht einmal Anzeige zu erstatten, weil sie weitere Repressalien durch die Täter befürchten. Täter merken sich ihre Opfer und kehren zur Vergeltung zurück. Das kann ein Grund sein. Ein weiterer Grund ist oft, dass andere im sozialen Umfeld des Opfers nicht wissen, dass er bzw. sie homosexuell sind.

„Beim Einsatz gegen die Diskriminierung von Homosexuellen gibt es in diesem Land aber noch sehr viel zu tun. Vorurteile gegen Lesben und Schwule sind leider in allen Bevölkerungsgruppen noch immer weit verbreitet. Wer in dieser Situation die Bedeutung einer Einrichtung wie der Landeskoordinierungsstelle für lesbisch-schwule Belange verkennt und ihr den Geldhahn abdreht, handelt verantwortungslos.“ Roland Vogt, Landesvorsitzender von Bündnis 90/Die Grünen in einer kürzlich veröffentlichten Presseerklärung

Ein weiterer wichtiger Bereich der Arbeit ist eindeutig mit Bildungsarbeit und Kulturarbeit verbunden, die für das soziale Verhalten in der Gesellschaft unabdingbar sind.

Die Aufklärung über sexuelle Aktivitäten und Homosexualität, sowie eine behutsame Aufklärung über AIDS und andere sexuell übertragbare Krankheiten ist dabei genauso wichtig, wie der angstfreie Umgang mit Sexualität, Liebe und Partnerschaft an sich.

Die Organisation von dazu passenden Weiterbildungs- und Informationsveranstaltungen und Fachtagungen für verschiedene Gruppen in der Gesellschaft ist immer wieder nötig und von großer Notwendigkeit.

Bündnis 90/Die Grünen fordern daher die Landesregierung dazu auf, die Streichungen zurückzunehmen und die Arbeit der Lesbisch-Schwulen Vereine entsprechend zu würdigen und weiterhin nach Kräften auch finanziell zu unterstützen.